

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

spd/II/39

Hannover, 16. Mai 1947
Telefon: 20951

Koalitionsgespräche

F.R. Die Bildung der deutschen Länderregierungen aufgrund freier Wahlen begegnet großen Schwierigkeiten. In der britischen Zone sind seit dem Wahltag vier Wochen verflossen und trotzdem ist man nur in Schleswig-Holstein zu einem Ergebnis gekommen, weil dort die Mehrheitsverhältnisse ganz einfach lagen. Die gleichen Schwierigkeiten hatten sich schon früher in Süddeutschland gezeigt. Von Beispiel Niedersachsen lassen sich nun einige Gesichtspunkte ableiten, die bei der Beurteilung solcher Koalitionsgespräche allgemeine Beachtung verdienen.

In der Vorstellung unzähliger Deutscher sind solche Verhandlungen stets etwas anrüchig. Das Wort "Kuhhandel" ist dafür der häufigste Ausdruck. Aber nur in Ausnahmefällen verdient das Bemühen, verschiedene Parteien in einer Regierung zusammenzubringen, so herbe Kritik. Sie stammt auch sehr oft aus einer Gesinnung, die demokratisch-parlamentarische Bräuche von vornherein ablehnt, die statt der Diskussion die Anordnung, statt der freien Wahl die Ernennung, statt der Berücksichtigung vieler Meinungen die ausschließliche Gültigkeit einer einzigen bevorzugt. Auch die handgreiflichen Mißerfolge dieser Methode haben die Vorliebe für sie nicht ganz ausrotten können, zu sehr scheint sie einen inneren Bedürfnis zu entsprechen. Aber solche Kritik üben auch wohlmeinende und ehrliche Demokraten und in diesem Fall entbehrt sie oft nicht einer gewissen Berechtigung.

Bei den Verhandlungen in Niedersachsen hat man der sozialdemokratischen Partei vorgeworfen, sie habe eine Beteiligung an der Regierung von Bedingungen abhängig gemacht, die die anderen Parteien in unzulässiger Weise unter Druck setzten. Diese Forderungen betrafen in erster Linie die grundsätzliche Bereitschaft, ein Minimalprogramm auf dem Gebiet der Sozialisierung und Bodenreform anzuerkennen. Die Kommunisten waren verhältnismäßig schnell bereit, auf diese Plattform zu treten. Andererseits war es nicht verwunderlich, daß die FDP, entsprechend ihrer bekannten

prinzipiellen Einstellung zu diesen Fragen, eine Beteiligung ablehnte. Soweit war alles klar. Aber auch bei der CDU war zunächst die Neigung unverkennbar, unter den angegebenen Voraussetzungen mitzumachen. Diese Bereitschaft schwand dann aber im Verlaufe weiterer Verhandlungen zusehends, wobei es unklar blieb, ob diese Veränderung sich unter dem Einfluß des Wahlblockpartners von gestern, der NLD, vollzog, oder nach einem Wink von übergeordneter Parteistelle der CDU selbst. Ungewiß blieb auch bis zuletzt die Haltung des Zentrums, dessen Position, trotz der ziffermäßigen Schwäche, bedeutsam ist.

Die Frage nun, die uns ganz allgemein für die Handhabung von Koalitionsgesprächen weit über den Fall Niedersachsen hinaus wichtig erscheint, ist die nach der Berechtigung dieses Vorgehens der Sozialdemokratie. Niemanden wird wundern, daß sie an dieser Stelle mit Nachdruck bejaht wird. Und zwar aus folgenden Gründen: Die sozialdemokratische Partei ist die stärkste Partei in Niedersachsen - wie es die CDU in Nordrhein-Westfalen ist - übrigens nicht mit gleicher, sondern nur mit ähnlicher politischer Konsequenz, da KPD und Zentrum dort erheblich größeres Gewicht als in Niedersachsen haben. Die SPD wurde also in Niedersachsen gebeten, durch einen ihrer Vertrauensmänner die Regierungsbildung zu übernehmen. Das geschah. Es war auch nur natürlich, daß die Sozialdemokratische Partei, eben dank ihrer besonderen Stärke dabei eine richtungweisende, wenn auch nicht allein maßgebende Rolle spielen mußte, wenn anders das Wort "Demokratie", d.h. Volksherrschaft, seinen Sinn nicht verlieren sollte. Es war eine weitere, ebenso natürliche Konsequenz dieser Sachlage, daß die Sozialdemokraten sich in gewissenhafter Prüfung der Gesamtsituation zur Schaffung einer Verhandlungsgrundlage entschlossen, von der aus sie die Gespräche mit den möglichen anderen Partnern einer kommenden Regierung führen wollten. Verlangt wurde also nur die Bereitschaft zur Zusammenarbeit bei Vorhandensein einer gemeinsamen Ausgangsbeurteilung der gesamten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Situation.

Das andere Verfahren, das sozusagen "auf Verdacht" eine Regierung bildet und dann erst, also ohne vorherige Klärung und Bindung, den Versuch zu praktischer Zusammenarbeit unternimmt, würde die Schwierigkeiten nur verschoben, eine neue, reguläre Regierung gleich am Beginn ihrer Tätigkeit sachlich und prestigemäßig unnötig belasten und dann über kurz oder lang doch zu der Krise führen, die durch eine vorherige Abgrenzung der Auffassungen gerade vorbeugend vermieden werden soll. Außerdem ist die Sozialdemokratie nun einmal der Meinung, daß die Grundforderungen, die sie aufgestellt hat, im Interesse des ganzen deutschen Volkes liegen, daß ihre Verwirklichung für den deutschen Wiederaufbau unerlässlich ist. Die SPD nimmt niemandem eine andere Meinung übel, wenn sie ehrlich zustandekommt. Aber von ihr kann man andererseits nicht eine Verleugnung ihrer eigenen Überzeugung verlangen, wenn sie in der kommenden Regierung führend sein soll.

Es ist auch nicht richtig, wenn etwa die anderen Parteien erklären wollten, sie hätten ebenso wie die Sozialdemokraten das Recht, ihre Auffassungen zur Grundlage des Verhandlungsprogrammes zu machen, denn in diesem Punkt muß selbstverständlich der stärksten Partei, die mit der Verhandlungs- und der Regierungsführung betraut ist, eine Vorrangstellung zuerkannt werden. Glauben die anderen Parteien sich nicht in der Lage, auf den Boden der Vorschläge ihres stärkeren Gesprächspartners zu treten, so bleibt ihnen die Möglichkeit, von ihren Koalitionsvorhaben zurückzutreten, in die Opposition zu gehen, der Regierung das Vertrauen zu entziehen und daraus dann die Folgerung einer späteren eigenen Verantwortungsübernahme zu ziehen. Das ist gute und anerkannte demokratische Methode.

Daß der Weg jeder Koalition in allen Einzelfragen der des Ausgleichs von gegensätzlichen Ansichten durch das Kompromiß ist, ist auch für die SPD selbstverständlich. Alle diese Dinge haben nichts mit parlamentarischen "Kuhhandel" und ähnlichen unerfreulichen Dingen zu tun. Sie sind notwendige Bestandteile jeder parlamentarischen Arbeit und man sollte sich

abgewöhnen, sie abfällig zu beurteilen, solange nicht solche Verhandlungen Selbstzweck werden. Es ist bedauerlich, daß man jetzt schon wieder gezwungen ist, daran zu erinnern, wohin man mit der Ausschaltung dieser Methoden und der Verherrlichung ihres Gegenteils, der Diktatur, gekommen ist.

Henry Wallace II. Teil

R.B. Henry Wallace reist gegenwärtig durch die Vereinigten Staaten und setzt dort seine bekannte politische Kampagne fort. Er ist im Ton etwas gemäßiger geworden als er es in Europa war, das ist wohl auf die starke Kritik zurückzuführen, die seine Europatournee in Amerika fand.

Ist es notwendig, sich heute noch mit Wallace zu befassen? Hinter ihm steht keine Organisation von größerem Einfluß. Er zehrt von seinem Ansehen zur Roosevelt-Zeit. Aber er versteht es geschickt, die mannigfachen oppositionellen Strömungen auf einen Nenner zu bringen. Er sammelt sozusagen die Gegenargumente gegen die amtliche Politik Washingtons und aus seiner Darstellung läßt sich deshalb gut ersehen, welches Bild sich die amerikanische Opposition schlechthin macht.

Wallace behandelt immer wieder das Verhältnis der USA zu Sowjet-Rußland. Beschwörend erklärt er, der Dritte Weltkrieg sei unvermeidlich, wenn keine Verständigung zwischen Amerika und der UdSSR erreicht würde. Rußland werde jegliche Zusammenarbeit solange blockieren, als die Vereinigten Staaten Atom-Bomben herstellen. Leider sei es nicht zu leugnen, daß sowohl die USA als auch die Sowjets und Groß-Britannien eine expansive und imperialistische Politik trieben. Stalin rücke aber von der Idee ab, ein Konflikt zwischen dem Kapitalismus und dem Kommunismus sei unvermeidlich. Rußland habe mehrere Fehler gemacht, dennoch müsse die antikommunistische Kampagne, die Wallace "eine geistige Krankheit" nennt, aufhören. Die Idee des Kommunismus könne nicht durch Panzer und Kanonen, sondern nur durch bessere Ideen abgelöst werden. Bei der Hilfsaktion für die Türkei und Griechenland handele es sich um eine politische Demonstration. Es sei falsch, zu glauben, daß mit 400 Millionen Dollar der Kommunismus abgewendet werden könnte. Im übrigen gehe es hier lediglich um die Cal-Interessen der USA im Mittleren Osten, und die Vereinigten Staaten täten bereits so, als ob sie sich mit Rußland in Kriege befänden.

Das ist der Kern seiner Auffassungen. Gegen die Argumente von Wallace wird zusammenfassend gesagt, daß er nicht die geistigen und moralischen Prinzipien der Demokratie hinwegreden dürfe, und daß nicht er allein nach einer geeinten Welt strebe. Leute seiner Denkart glaubten, die anderen Völker seien von Männern gleichen idealistischen Charakters geführt. Hierin sei eine Vernachlässigung der Realitäten zu suchen, eine Betrachtungsweise, die sich gegenüber dem Nationalsozialismus angewandt, als sehr kostspielig erwiesen habe. Bisher sei Rußland in kaum einer Frage entgegengekommen. Seine Haltung werde sich möglicherweise ändern, wenn es klar werde, daß Bevin und Marshall in ihrer Festigkeit weiterhin von den Parlamenten unterstützt werden. Wallace treibe zum Kriege, schlage er es versuche, diese Unterstützung zu verringern.

Wie gesagt - Wallace ist heute nicht mehr ganz "up to date". Seine Freunde überschätzen ihn, sowie er es selbst tut. Aber seine Beweisführung bleibt interessant, weil sie ein Spiegelbild der Auffassungen jenes Amerika ist, das gegenüber der Truman-Politik von größter Skepsis erfüllt bleibt.

Das Beispiel Jugoslawiens

Von Bogdan Radisk

Bogdan Radisk war Anhänger Titos bis zu dem Monat, wo er das Schicksal so vieler seiner nicht-kommunistischer Landsleute erleben mußte. Ein Teil der hier folgenden Erinnerungen sind in der französischen Zeitschrift "Messes" erschienen.

Im Jahre 1943 war ich Chef des königlich jugoslawischen Pressedienstes in New York. Zu dieser Zeit erließ Tito einen aufsehenerregenden Aufruf zur Gründung einer "freien und gleichen" Vereinigung aller jugoslawischer Völker. Der neue demokratische Geist, der sich darin manifestierte, verachtete mich, zu demissionieren und in Dienste Titos in der liberalen demokratischen Presse zu arbeiten. Im Jahre 1944 verließ ich New York.

Im Jahre 1945 wurde ich zum Chef der ausländischen Pressesektion im Ministerium für Information der Regierung Titos ernannt. Die Regierung war aufgebaut auf der Mitarbeit aller der politischen Parteien, die einen demokratischen Weg für die Existenz aller jugoslawischer Völker suchten, der Serben, Kroaten, Bosnier, Herzegoviner, Montenegriner und Mazedonier. Auch die Kommunistische Partei war vertreten. Aber schon bei Beginn stellte sich heraus, daß die Kommunistische Partei nicht die Mitarbeit wollte, sondern die Kontrolle.

Der "Karakteristika"

Was die Freiheit des zukünftigen Lebens anbetraf, so alarmierte mich zunächst die Tatsache, daß ich mir einen "Karakteristika" (eine Art politisches Dokument) besorgen mußte, um wieder als Chef der ausländischen Presse angestellt zu werden. Heute kann kein Jugoslawe leben, ohne diesen Geheimakt, der seine politischen und persönlichen Qualitäten enthält. Er folgt ihm von Stadt zu Stadt, gleichgültig, wohin er geht und er bestimmt, wie die Autoritäten ihn behandeln. Wenn er nicht in Ordnung ist, sind ihm alle öffentlichen Stellen verschlossen. Meine "Karakteristika" wurde angefertigt durch Nedelkowitch, ein Beamter des Informationsministeriums und Mitglied der Kommunistischen Partei.

Nedelkowitch setzte mich in Erstaunen, als er mir erklärte, daß es einen schwarzen Punkt in meinem Leben gäbe, weil ich in Belgrad 1940 ein Buch veröffentlicht hatte unter dem Titel "Die Agonie Europas". Es handelt sich um ein antifaschistisches Buch, das später durch die deutsche Besetzung unterdrückt wurde. Was konnte Nedelkowitch, ein Kommunist, an diesem Buch auszusetzen haben? Bald wußte ich es. Das Buch war antifaschistisch, aber nicht pro-kommunistisch, aber es war pro-demokratisch. Nedelkowitch teilte mir mit, daß meine Handlungen in Zukunft überwacht werden würden.

Als ich den Vorschlag machte, nicht-kommunistische Personen für meinen Pressedienst zu engagieren, wurden meine Vorschläge zurückgewiesen. Man schickte mir andere "neue" Menschen in mein Büro. Einer von ihnen, V u k s a n, kam direkt von der geheimen politischen Polizei. Er sollte die Verbindungen herstellen mit den ausländischen Journalisten, aber er kannte keine einzige Fremdsprache. Dafür richtete er eine Kartothek für jeden ausländischen Korrespondenten in Belgrad ein zum Gebrauch der Geheimen Polizei.

Ich wünschte keineswegs ein Figurant zu sein. Ich unterhielt mich darüber mit meinem Vorgesetzten, dem Informationsminister Sava K o s a n o v i c h, augenblicklich jugoslawischer Gesandter in Washington. Er war nicht Kommunist, aber Generalsekretär der Unabhängigen Demokratischen Partei. Aber er war auch umzingelt von "neuen Männern" und vollkommen unfähig, mir zu helfen. Der jetzige Informationsminister, Velko K o r a c h,

ein Kommunist, war sein Assistent. Später entdeckte ich, daß die Situation die gleiche war für alle nicht-kommunistischen Männer, selbst für Iwan S u b a s i c h , den Außenminister, der nur diesen Posten pro Forma innehatte. Der wirkliche Außenminister war Edward K a r d e l j , ein Kommunist.

Kardelj und die O.Z.N.A.

Aber meine größte Überraschung war T i t o selbst. Tito ist Premierminister, Minister der Verteidigung und Marschall. Er ist gleichzeitig Mitglied des Polit-Büros der Jugoslawischen Kommunistischen Partei und draußen denkt man, daß Tito Jugoslawien regiert. Das ist nicht wahr, er dient sozusagen als Aushängeschild.

Der Kommunismus braucht - wie der Faschismus - ein lebendiges Symbol, beide müssen einen menschlichen Gott anbeten. Tito lächelt während fünf Stunden auf einer Estrade, vor der tausende Arbeiter, Regierungsangestellten und Schülern vorbeidefilieren mit dem Ruf "Tito mit uns! Wir gehören Dir, Tito! Tito! Tito! Tito!" Man ist der Ansicht, daß die Reden ihn von zwei anderen Mitgliedern des kommunistischen Polit-Büros vorge-schrieben sind, von Zuyewitch - Tserni, dem Finanzminister und dem Montenegriner M i l o w a n D y i l a s , einen Freunde Stalins. Bol-schewismus bedeutet: Regierung durch Bürokratie, d.h. das Haupt von Jugoslawien selbst. Er hat die kommunistische Methodologie in Moskau studiert. Er ist auch de facto der Vorgesetzte aller Minister. K a r d e l j re-präsentiert Jugoslawien in der UNO und an der Friedenskonferenz in Paris.

Die Geheime politische Partei ist bekannt unter den Buchstaben O.Z.N.A., d.h. Departement für die Verteidigung des Volkes. Sie wurde von russischen Spezialisten der Spionage und der Liquidation organisiert. An ihrer Spitze steht der Generalleutnant Aleksander R a n k o w i t c h und er hat die Macht, ohne Haftbefehl zu verhaften und jeden, der ver-dächtig ist, ein Volksfeind zu sein, ohne Richterspruch hinzurichten.

Die O.Z.N.A. hat eine Abteilung für die Kontrolle der Zivilisten, eine andere für die Kontrolle der Armees, wieder eine andere für die Kontrolle derjenigen Jugoslawen, die in Auslande leben, dann noch eine für die Kontrolle der Ausländer, die in Jugoslawien leben und zum Schluß eine Spezialabteilung für die Kontrolle der eigenen Regierung, d.h. die Kontrolle aller Funktionäre einschließlich der Kommunisten unter ihnen. So unterhält die Kommunistische Partei einen Spionagedienst gegen sich selbst.

Um ein Land von 14 Millionen Einwohnern zu kontrollieren, braucht die O.Z.N.A. 100 000 Spione. Die O.Z.N.A. kommandiert auch die K.O.J., eine Elite-Garde wie die SS Hitlers mit 150 000 Mitgliedern in Uniform. Sie sind am besten ernährt, am besten bewaffnet und am besten bekleidet von allen Truppenteilen des Landes.

Bauern fragen und verschwinden

Die letzten Wahlen in Jugoslawien waren weit davon entfernt, freie Wahlen zu sein. Vor den Wahlen wurden neue Gerichte geschaffen, welche man Volksgerichte nannte. Vor diesen Gerichten wurden tausende sogenannter Volksfeinde angeklagt, deren einziger Fehler darin bestand, daß sie keine Kommunisten waren. Die Führer der wirklich demokratischen Elemente in Jugoslawien wurden dauernd verhaftet oder sie verschwanden plötzlich.

August K o s u t i c h , Vizepräsident der kroatischen Bauernpartei, wurde verhaftet und verschwand. Der Minister des Aeußern, Subasich, der erste Repräsentant der kroatischen Bauernpartei in der Volksfront verlangte die Erlaubnis, K o s u t i c h zu besuchen, sie wurde ihm verweigert. Dr. Baris S m o l y a n , hervorragendes Mitglied der kroatischen Bauernpartei, nahm an einer Kundgebung teil, in der S u b a s i c h vorgeworfen wurde, daß er unfähig sei, die Befreiung K o s u t i c h s zu erwirken. Nach Beendigung der Kundgebung wurde Dr. S m o l y a n verhaftet und mit ihm viele andere Delegierte der kroatischen Bauernpartei.

Als die Kommunisten in den kleinen Dörfern von Kroatien vor den Wahlen Versammlungen veranstalteten, frag ein Bauer: "Herr Kommissar, darf ich Ihnen eine Frage stellen? "Natürlich". - "Sie werden mich nicht verhaften?" - "Aber nein, Ihr seid doch befreit worden, Ihr seid frei!" - "Gut". - "Wo ist der Präsident unserer Bauernpartei M a t c h e k? Wir möchten von ihm wissen, was er denkt". - "M a t c h e k ist ein Reaktionsär, ein Faschist, ein Verräter, er ist nicht mehr im Lande". -

In Wirklichkeit war M a t c h e k nach Paris geflohen und hunderte von Bauern, die versucht hatten, auf diese Weise Auskunft zu erhalten, fehlten bald in ihren Dörfern.

Die Kommunisten selbst geben zu, daß sie sich 500 000 Jugoslawier entledigt haben, sei es durch Verhaftungen, Verschwinden oder Tod. Für mich ist ihr Verhalten klar. Es handelt sich darum, die nicht-kommunistische Mittelklasse zu liquidieren, Bauern, Handel und Industrie.

-. - .

Labour-Parteitag in Moll?

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter in England

Der Parteitag 1946 der Labour Party stand im Zeichen des vollen Wahlerfolges in Herbst 1945. Ernest Bevin begegnete zwar ziemlich herber Kritik und mußte seine ganze Beredsamkeit und Persönlichkeit aufbieten, um die Delegierten von der Richtigkeit und Notwendigkeit des von ihm eingeschlagenen, außenpolitischen Kurses zu überzeugen und das alte Vertrauensverhältnis wieder herzustellen. Aber im Ganzen gesehen war der Parteitag 1946 doch auf Dur abgestimmt und die Delegierten verließen den Sitzungssaal in dem Bewußtsein, daß die Labour Party das erste Jahr ihrer Bewährungsprobe ausgezeichnet bestanden habe und die Regierung beim Kabinett Attlee in besten Hände liege.

Der Parteitag 1947, der während der Pfingstfeiertage in den kleinen Badeort Margate abgehalten wird, dürfte einen wesentlich erasteren und gedämpfteren Grundton haben, und es wird zweifellos kluge Verhandlungsführung bedürfen, um die zu erwartenden hitzigen Debatten und Auseinandersetzungen nicht ins Uferlose abgleiten zu lassen und eine Aufspaltung der Partei zu verhüten. Bevin's Außenpolitik wird auch diesmal scharfer Kritik unterzogen werden. Sie ist in Laufe des Jahres bereits mehrfach Anlaß zu Widerspruch und Unzufriedenheit gewesen, und hat maßgebend zur Bildung jener Opposition innerhalb der Labour-Fraktion im Unterhaus geführt, die sich aus "back-benchers" zusammensetzt und einen weniger nach Amerika als nach der Sowjetunion gerichteten Kurs wünscht. Ihrer Ansicht scheinen auch die beiden Minister Aneurin Bevan und Emanuel Shinwell zuzuneigen, die nach wie vor auch für die sofortige Nationalisierung der Eisen- und Stahlindustrie eintreten. Es besteht aber kaum ein Zweifel, daß sich Bevin auch in Margate durchsetzen und seine Kritiker zum Schweigen bringen wird. Er hat nach seiner Rückkehr aus Moskau mit den "Rebellen" konferiert und ihnen seinen Standpunkt so überzeugend dargelegt, daß die meisten von ihnen sich seinen Argumenten nicht entziehen konnten und der klare, wohl-abgewogene Bericht über die Moskauer Konferenz, den er soeben im Unterhaus erstattete, dürfte seine Position weiter gefestigt haben.

Weit schwerer wird die Innenpolitik der Regierung Attlee zu verteidigen sein, gegen die sich diesmal die meisten und heftigsten Angriffe richten. Man wirft ihr vor, die Lösung der dringenden sozialen und wirtschaftlichen Probleme nicht mit der nötigen Energie angepackt zu haben, man macht sie für die schwere Wirtschaftskrise der vergangenen Monate verantwortlich, weil sie den nötigen Weitblick in der Planung haben lassen, man ist mit dem Tempo der Nationalisierung und Sozialisierung unzufrieden, man bezichtigt sie der Wankelmütigkeit und des Abgehens von der geraden sozialistischen Linie und man nimmt es ihr übel, durch die Erhöhung der Tabaksteuer vor allen den "kleinen Männ" finanziell erneut

belastet zu haben.

Ein Teil dieser Vorwürfe ist sicherlich nicht unbegründet. Aneurin Bevan wird es beispielsweise kaum möglich sein, den Zusammenbruch des Hausbauprogrammes 1947, das die Fertigstellung von 240 000 Wohnungen noch in diesem Jahr vorsah, mit den langen Winter und dem fehlenden Bauholz überzeugend zu begründen und noch schwieriger dürfte es für den Verteidigungsminister Alexander werden, seinen plötzlichen Meinungswechsel in der Frage der Herabsetzung der militärischen Dienstpflicht, deren Beibehaltung auch während des Friedens ein weiterer Stein des Anstoßes ist, den Delegierten einleuchtend klarzulegen. Man weiß, daß selbst Ministerpräsident Attlee in dieser Frage innerhalb 48 Stunden eine radikale Kurschwengung vorgenommen hat und es spricht viel für die Echtheit der Behauptung, daß er dazu nur durch die Drohung der von Crossman geführten linken Mittelgruppe der Unterhausfraktion veranlaßt wurde, sich den 72 "Rebellen" anzuschließen und gegen die Regierung zu stimmen, wenn die Dauer der Militärdienstpflicht nicht von 18 auf 12 Monate gekürzt wird. Es wird in allen diesen Fragen sehr offen und ungeschminkt gesprochen werden und die Regierung wird einen harten Stand haben. Aber das Ergebnis der Ersatzwahl von Jarrow hat gezeigt, daß trotz aller Mißstimmung und Unzufriedenheit die breiten Massen in England nach wie vor fest und unverrückt zur Labour Party stehen und das läßt erwarten, daß am Ende auch in Margate trotz aller Differenzen wieder Einigung erzielt wird.

Bemerkenswert ist noch, daß sich der Kongreß auch mit Deutschland befassen wird. Es liegen dazu sechs Anträge vor, die u.a. nicht nur die Beschäftigung einer größeren Anzahl von Sozialisten in der Militärregierung, sondern auch eine engere Zusammenarbeit mit den deutschen Sozialdemokraten fordern. Man dürfte nicht fehlgehen in der Annahme, daß diese Forderung auf den Besuch der SPD-Delegation im Dezember vorigen Jahres in England zurückzuführen ist.

Englischer General in Berlin verhaftet

Von einem interessanten Zwischenfall berichtet der Berliner Korrespondent des Londoner "Daily Telegraph". Brigadegeneral W.R.N.Hinde, der als stellvertretender Leiter der britischen Militärregierung Chef der britischen Ortsverwaltung in Berlin ist, suchte am vergangenen Sonntag als leidenschaftlicher Vogelfreund einen Berliner Vorort auf, der noch im britischen Sektor liegt. General Hinde war in Zivil und trug ein Fernglas. Als er durch das Glas sah, näherte sich ihm ein sowjetischer Soldat, der sich in einem etliche Hundert Meter entfernten Wald im sowjetischen Sektor aufgehalten hatte, und fragte ihn, weshalb er einen russischen Flughafen beobachte. General Hinde erklärte, er befinde sich auf britischem Gebiet, er wisse aber nicht einmal, daß in der Nähe ein russischer Flughafen sei. Wenige Augenblicke später tauchte ein russischer Offizier auf und ersuchte den General,

ihm auf die Wache zu folgen. Als sich der General auswies, glaubten ihm die Russen nicht und so fuhren alle drei in dem von einem Deutschen gesteuerten Wagen des Generals zu einer russischen Kommandostelle. Hier wurde beschlossen, sich ins russische Hauptquartier in der Luisenstraße zu begeben. Von einem russischen Soldaten, der neben ihm saß, und einem Offizier auf dem Vordersitz bewacht, wurde der englische General durch seinen eigenen Sektor gefahren. Als sich der Wagen dem britischen Hauptquartier näherte, ersuchte der General den Fahrer, vor dem Haus der Militärregierung zu halten, der russische Offizier bestand jedoch auf der Weiterfahrt. Im russischen Hauptquartier riefen Beamte Oberst Jelisarow an und beschrieben ihm den Offizier, der sich als General Hinde auswies. Oberst Jelisarow war überzeugt, daß es sich um seinen Partner in der alliierten Kommandantur handele. Darauf entschuldigten sich die Russen und ließen den General frei. Im ganzen war er über zwei Stunden festgehalten worden.

(a/B10/165/1/hs)